

MAREK WIERZBICKI

## SOWJETISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEN BESETZTEN OSTGEBIETEN POLENS 1939–1941

Noch bis vor kurzem war das Thema Wirtschaftspolitik in der Zweiten Polnischen Republik während der sowjetischen Besatzung in der polnischen Geschichtsschreibung ein blinder Fleck. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Unter anderem blockierte das kommunistische Regime während des Bestehens der Volksrepublik Polen wissenschaftliche Untersuchungen zur sowjetischen Besatzungszeit. Nach der Wende hingegen konzentrierten sich die Historiker hauptsächlich auf die Leidengeschichte und die politisch-militärischen Aspekte unter dieser Besatzung. Erst in den neunziger Jahren erschienen erste Publikationen, die unter anderem auf die ökonomischen Fragen eingehen.<sup>1</sup> Im Laufe der Zeit entstanden einige mikrohistorische Studien, die die wirtschaftlichen Veränderungen unter der Sowjetregierung in einigen Regionen der polnischen Ostgebiete behandeln.<sup>2</sup> Nichtsdestotrotz befinden sich die Forschungen über die wirtschaftliche Entwicklung unter der sowjetischen Besatzung noch immer im Anfangsstadium. Bedeutend mehr wurde dazu in der UdSSR publiziert, wo eine Reihe von Quellsammlungen und Monographien erschienen sind. Sie haben jedoch alle eine

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B.: Okupacja sowiecka w świetle tajnych dokumentów. Obywatele polscy na Kresach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką w latach 1939–1941, hg. v. TOMASZ STRZEMBOSZ, Warszawa 1996; KRZYSZTOF JASIEWICZ, Zagłada polskich Kresów. Ziemiaństwo polskie na Kresach Północno-Wschodnich pod okupacją sowiecką w latach 1939–1941, Warszawa 1997, S. 95; MICHAŁ GNATOWSKI, W radzieckich okowach. Studium o agresji 17 września 1939 r. i radzieckiej polityce w regionie łomżyńskim w latach 1939–1941, Lomża 1997, S. 195 ff.; Zachodnia Białoruś 17 IX 1939–22 VI 1941, Bd. 1: Wydarzenia i losy ludzkie. Rok 1939 (Źródła do historii Polski XX wieku ze zbiorów Narodowego Archiwum Republiki Białoruś), Warszawa 1998; ADAM SUDOL, Początki sowietyzacji Kresów Wschodnich. Jesień 1939, Bydgoszcz, Toruń 1997; ALBIN GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941, Łódź 1998; GRZEGORZ MAZUR, Z dziejów sowietyzacji tzw. Zachodniej Ukrainy 1939–1941, in: Studia Rzeszowskie, Bd. 3, hg. v. JAN DRAUSS, Rzeszów 1996.

<sup>2</sup> Vgl. DANIEL BOĆKOWSKI, Społeczne i gospodarcze aspekty radzieckiej okupacji Białostoczyzny 1939–1941. Próba bilansu, in: Sowietyzacja i rusyfikacja północno-wschodnich ziem II Rzeczypospolitej (1939–1941). Studia i materiały, Białystok 2003, S. 165–180.

grundätzliche Schwäche: sie präsentieren eine „amtliche“, mit den Erwartungen der damaligen sowjetischen Machthaber übereinstimmende Version der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Kreisen der Weißrussischen und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (WSSR und USSR), wie die in die Sowjetunion eingegliederten Gebiete der Zweiten Polnischen Republik damals genannt wurden. Die in diesen Publikationen vorgestellten Ergebnisse sind deshalb sehr oft weit von der Wahrheit entfernt. Umso mehr da die Autoren dieser Werke immer wieder Quellen mit Fakten unterschlügen, die zur aufgezwungenen sowjetischen Geschichtsinterpretation im Widerspruch standen.<sup>3</sup>

Auch israelische Historiker, die über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung unter sowjetischer Herrschaft<sup>4</sup> schrieben, und Wissenschaftler aus anderen Ländern<sup>5</sup> berührten in ihren Werken den ökonomischen Aspekt am Rande. Wegen fehlender exakter Untersuchungen entstanden im historischen Bewusstsein der polnischen Gesellschaft und der Bevölkerung der ehemaligen UdSSR allerdings extrem unterschiedliche Vorstellungen der sowjetischen Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten des polnischen Vorkriegsstaates. Die Polen verbinden mit der sowjetischen Wirtschaftspolitik den Raub des privaten Eigentums, die Plünderung von Verbänden und unterschiedlichen Institutionen, die in der Zweiten Polnischen Republik existierten, wie auch die Entwendung des Staatseigentums, das massiv in die UdSSR verschleppt wurde. Der Lebensstandard polnischer Bürger verschlechterte sich unter dem sowjetischen Regime entscheidend. Schlangen vor Geschäften wurden zum Symbol dieser Zeit und sind in den meisten Erinnerungen der Zeitzeugen präsent. Nach zwei Jahren sowjetischer Besatzung erschienen die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik als wären sie von Barbarenhorden überfallen worden: nackt, zerstört, verarmt. Das negative Bild der sowjetischen Wirtschaftspolitik spiegelt sich in Tausenden Zeugnissen wider, die die Bewohner dieser Gebiete sowohl während des Kriegs wie auch danach ablegten. Eine vollkommen andere Vorstellung der sowjetischen Wirtschaftspolitik verfestigte sich in den

<sup>3</sup> Vgl. IRAIDA TSARUK, W bratskom soiuzie: socialisticheskie preobrazovaniia ekonomiki w zapadnykh oblastiakh BSSR sentiabr' 1939–iiun' 1941, Minsk 1976; M. B. IVASIUTA, Narysy istorii kolhospnoho budivnytstva w zakhidnykh oblastiakh Ukrains'koї RSR, Kyiv 1962; G. I. KOVALCHAK, Rozvytok socialistychnoi promyslovosti w zakhidnykh oblastiach URSR u 1939–1941 rokakh, in: Iz istorii zakhidnoukrains'kykh zemel', Bd. 4, Kyiv 1960.

<sup>4</sup> Zum Beispiel DOV LEVIN, The Lesser of Two Evils. Eastern European Jewry Under Soviet Rule, 1939–1941, Philadelphia, Jerusalem 1995; BEN CION PINCHUK, Shtetl Jews under Soviet Rule, Cambridge, Massachusetts 1990.

<sup>5</sup> Vgl. KEITH SWORD, Soviet Economic Policy in the Annexed Areas, in: The Soviet takeover of the Polish Eastern Provinces, 1939–1941, hg. v. DERS., London 1991.

Staaten der ehemaligen UdSSR. Interessanterweise werden die ökonomischen Veränderungen unter der Sowjetregierung sogar noch 15 Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR sehr positiv gewertet. Im Bewusstsein dieser Bevölkerungsgruppen prägte sich vorrangig die Entwicklung der Industrie und des Transportwesens, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Modernisierung der inkorporierten Ostgebiete Vorkriegspolens ein. Diese Prozesse werden noch immer der Rückständigkeit und der Armut aus der Zeit des polnischen Vorkriegsstaats entgegen gestellt.

Eine Art Synthese der negativen und positiven Aspekte der sowjetischen Besatzungszeit stellt das Bild der ökonomischen Entwicklung dar, welches für das historische Bewusstsein der israelischen Gesellschaft kennzeichnend ist. Darin finden sich Erinnerungen an: Beschlagnahmungen, Enteignungen und Repressionen, die aus ökonomischen Gründen die reicherer Juden trafen, Spekulantentum und Schmuggel wie auch die sowjetischen Strafmaßnahmen, die dies begleiteten, Armut und das Fehlen von Perspektiven für die jüdische Bevölkerung, die aus der deutschen Besatzungszone geflüchtet war. Es existiert aber auch die Vorstellung vom sozialen Aufstieg der ärmeren jüdischen Bevölkerungsschichten. Sie konnten unter anderem in der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung eine Anstellung finden oder Führungspositionen in der Industrie und im Handel übernehmen.

Welches dieser Bilder kommt nun der Wahrheit am nächsten? Die Beantwortung dieser Frage ist das Ziel dieses Textes.

### Die Zwischenkriegszeit

In der Zwischenkriegszeit lebten in den Gebieten der künftigen sowjetischen Besatzungszone (Wojewodschaften: Białystok, Nowogródek, Wilna, Polesien, Wolhynien, Tarnopol, Stanislau; östlicher Teil der Wojewodschaft Lemberg und drei Kreise der Wojewodschaft Warschau) 13.199.000 polnische Staatsbürger, die 37,3 Prozent der polnischen Gesamtbevölkerung Vorkriegspolens ausmachten.<sup>6</sup> Es handelte sich um ein multinationales Gebiet, wo neben zahlreichen Ukrainern, Polen und Weißrussen auch, allerdings weniger zahlreich, Juden, Litauer, Russen, Tataren, Armenier und Deutsche wohnten. Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik besaßen spezielle kulturelle, ethnische und sozioökonomische Eigenheiten. Was sie von anderen Gebieten Polens unterschied, war etwa die Rückständigkeit in praktisch allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens. In den Ostgebieten entwickelten sich die Industrie und die Kommunikations- und

---

<sup>6</sup> Mały Rocznik Statystyczny Polski. Wrzesień 1939–czerwiec 1941, London 1941, S. 9.

Infrastruktur nur sehr langsam. Die Landwirtschaft hingegen blieb nicht nur hinter den wirtschaftlich führenden Wojewodschaften, sondern auch hinter den Regionen Zentralpolens zurück. Ein Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen gehörte zum Großgrundbesitz (meistens 24,3 Prozent in jeder Wojewodschaft), doch der Großgrundbesitz machte nur 0,85 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe aus (Ende der dreißiger Jahre 0,4 Prozent).<sup>7</sup> Die Rückständigkeit der Ostgebiete war unter anderem an der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft erkennbar. Zum Beispiel erreichten die Weizenernten pro Hektar des bebaubaren Bodens elf Doppelzentner, während die durchschnittliche Leistungsfähigkeit des Weizenanbaus im gesamten Polen 12,4 Doppelzentner pro Hektar (in den westlichen Wojewodschaften 16,7) betrug. Der Ertrag beim Roggenanbau lag bei 10,6 Doppelzentner, in ganz Polen bei 12,4, in Westpolen hingegen bei 14,7 Doppelzentner pro Hektar. In den östlichen Wojewodschaften erreichten die Ernten durchschnittlich 104 Doppelzentner pro Hektar, während der Landesdurchschnitt bei 114 Doppelzentner lag (in Westpolen bei 119).<sup>8</sup> Auch die Ausstattung mit landwirtschaftlichen Maschinen in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik deutet auf die Rückständigkeit dieser Gebiete hin. Im ganzen Land entfielen auf 100 Hektar des bebaubaren Bodens durchschnittlich 16,5 Drehmaschinen, 21,7 Göpelwerke und 66,6 Häckselmaschinen, im Osten hingegen 5,2 Drehmaschinen, 5,7 Göpelwerke und 34,7 Häckselmaschinen.<sup>9</sup> Die Folge dieser Rückständigkeit, aber auch der Kriegszerstörungen, war die spürbare Armut, von der ein bedeutender Teil der Bewohner betroffen war. Der Naturalienhandel in der Landwirtschaft (in Polesien und Wolhynien) und die Hungersnöte, die zu Beginn des Frühjahrs, in der so genannten Vorerntezeit, z. B. die Wojewodschaft Wilna regelmäßig heimsuchten, waren die Kennzeichen dieser Armut.

### Die Übergangszeit (September–Dezember 1939)

Am 23. August 1939 unterschrieben die UdSSR und das Dritte Reich einen Nichtangriffspakt mit dem strikt geheimen Zusatzprotokoll, das die Aufteilung der polnischen Gebiete unter den beiden Mächten vorsah.<sup>10</sup> In den folgenden Tagen fanden sowohl im Osten wie auch im Westen Vorbereitungen für diesen aggressiven Angriff statt. Bedeutend mehr ist über die

<sup>7</sup> Ebd., S 36 f. (Angaben aus dem Jahr 1938).

<sup>8</sup> JASIEWICZ, Zagłada polskich Kresów, S. 41 f.

<sup>9</sup> MAREK JABLONOWSKI, *Z dziejów gospodarczych Polski lat 1918–1939*, Warszawa 1992, S. 127.

<sup>10</sup> NORMAN DAVIES, *Europa. Rozprawa historyka z historią*, Kraków 1998, S. 1058 f.

Vorbereitungen der deutschen Seite bekannt, doch diese wurden auf sowjetischer Seite mindestens ebenso stark betrieben. Mittels eines sorgfältig ausgearbeiteten politischen Szenarios künftiger Ereignisse in den polnischen Gebieten erstellten Stalin und seine Mitarbeiter Instruktionen, die detailliert die Schritte bezüglich ökonomischer und gesellschaftlicher Fragen bestimmten. Die Dokumente, die die Entscheidungen des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) (*Vsesoiuznaia Kommunisticheskaiia Partiia (bol'shevikov)*, VKP(b)) für den Fall der Besatzung Polens enthalten, wurden bisher noch nicht freigegeben. Die zugänglichen Dokumente der niedrigeren Ebenen erlauben jedoch, die Vorhaben der sowjetischen Machthaber auf dem sozioökonomischen Feld recht genau zu rekonstruieren.

In einem der ersten Schritte nach der Besetzung der Ostgebiete Polens sollte das sozioökonomische Leben wieder aufgebaut werden. Mit der Direktive Nr. 01 des Kriegsrats der Weißrussischen Front vom 16. September 1939 sollten die politischen Funktionäre der Roten Armee in den Kreis- und Wojewodschaftsstädten eine vorläufige zivile Administration in Form einer so genannten Übergangsverwaltung errichten und erhielten unter anderem die Aufsicht über das wirtschaftliche Leben im unterstellten Gebiet.<sup>11</sup> Die Direktive Nr. 01 verbot die Erwähnung von Kolchosegründungen und regelte den entgeltlichen Ankauf von Waren der Bevölkerung. Gleichzeitig ordnete sie die Angleichung des Zloty- an den Rubelkurs an, obwohl vor dem Krieg ein Zloty 3,3 Rubeln entsprochen hatte.<sup>12</sup> Die neu errichtete Übergangsverwaltung veranlasste die Wiederaufnahme der Arbeit im Handel und in anderen Betrieben, die im Dienstleistungsbereich tätig waren. Auf Anweisung der sowjetischen Machthaber wurden alle Geschäfte geöffnet, die dort gelagerte Ware wurde registriert und die Besitzer erhielten den Befehl, alles zum Vorkriegspreis zu verkaufen. Den Personen, die Waren versteckten oder Preise anhoben, drohten strenge Strafen.<sup>13</sup> Kurz danach begann der Ansturm der Rotarmisten auf die Geschäfte und ein massenhafter Ausverkauf von jeglichen Waren. Aus den sowjetischen Dokumenten geht hervor, dass der Umfang der sowjetischen Einkäufe die Erwartungen der Machthaber übertraf und sie sogar beunruhigte. Trotz der

---

<sup>11</sup> Anordnung des Kriegsrates der Weißrussischen Front Nr. 01 v. 16.9.1939, abgedr. in: GNATOWSKI, W radzieckich okowach, S. 195 ff.

<sup>12</sup> GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 142.

<sup>13</sup> Anordnung der Übergangsverwaltung der Stadt Baranowitsch und des Kreises Baranowitsch v. 19.9.1939 r., abgedr. in: Zachodnia Białoruś, Bd. 1, S. 119; Ähnliche Anordnungen verfügten andere Übergangsverwaltungen, vgl. Bericht der politischen Leitung der 3. Armee über die Umsetzung der Entschlüsse des Kriegsrates der Weißrussischen Front Nr. 01 v. 16.9.1939, in: Okupacja sowiecka w świetle tajnych dokumentów, S. 49-55.

Versuche der Führungskräfte dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fanden auch im Oktober verstärkt Einkäufe statt, was den kompletten Ausverkauf der Geschäfte und der Lager der Großlieferanten zur Folge hatte.<sup>14</sup>

Am 1. Oktober 1939 fasste das Politbüro des Zentralkomitees der VKP(b) einen wichtigen Beschluss zur Situation im westlichen Weißrussland und in der Westukraine. In großem Umfang beschäftigte sich dieser mit der Lösung der wirtschaftlichen Probleme in den besetzten Gebieten. Im Bereich des Bankwesens befahl man der Übergangsverwaltung die Entsendung von Kommissaren zu jeder Bankfiliale und verbot jegliche Transaktionen ohne deren Zustimmung. Deren Arbeit sollte von zwei Bevollmächtigten der Staatlichen Bank der UdSSR („Gosbank“) geleitet werden, die in Bialystok und Lemberg residierten. Zu ihren Aufgaben gehörten die Inventarisierung der Banken, die Wiederaufnahme des Tagesgeschäfts und auch die Kreditsicherung der Industriebetriebe und der staatlichen Institutionen. Darüber hinaus verbot der Beschluss des Politbüros bis zur Erteilung einer entsprechenden Genehmigung alle Bankgeschäfte mit ausländischen Finanzinstitutionen. Die Besitzer von Ersparnissen konnten zukünftig lediglich 300 Rubel täglich abheben, und zwar nur mit Einverständnis der Bankkommissare. Dies betraf ebenfalls Personen, die Kapitalanlagen in Sparkassen besaßen. Der Beschluss verpflichtete die Übergangsverwaltung zu einer sofortigen Verstaatlichung solcher Betriebe, deren Eigentümer entweder ins Ausland geflüchtet waren oder die verdächtigt wurden, die Arbeit zu sabotieren. Auch das Schicksal anderer Betriebe war besiegt. Der gleiche Beschluss ordnete die Vorlage von Plänen an, wie große Betriebe nationalisiert werden könnten, und die Erstellung von Listen mit Firmen, die nationalisiert werden sollten. Das Politbüro beschäftigte sich ebenfalls mit den Problemen des Handelswesens im westlichen Weißrussland und in der Westukraine. Vor allem verpflichtete es die Übergangsverwaltung zur Inbetriebnahme aller Institutionen und Geschäfte, die für die Grundversorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen

---

<sup>14</sup> Über das ungewöhnlich intensive Einkaufen der sowjetischen Soldaten und Funktionäre berichteten u. a. die Einwohner der Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Diese Aussagen wurden auf Befehl von General Władysław Anders bei der Polnischen Armee in der UdSSR hinterlegt (die sog. Bąkiewicz-Kollektion). Nach dem Krieg wurden sie im Hoover Institut in den USA deponiert. Ein Teil der Sammlung wurde im Studienbüro von Prof. Wiktor Sukiennicki nach den Kreisen sortiert, aus denen die Berichterstatter kamen (sog. Kreisauszüge). Zu Beginn der neunziger Jahre wurden Kopien der Kreisauszüge an das Archiwum Wschodnie in Warschau übergeben (AW-HI). Zu gestiegenen Einkäufen der Sowjets vgl. beispielsweise: AW-HI, Kostopol, S. 36 ff., Luck, S. 33 ff., Horochów, S. 12, Gródek Jagielloński, S. 11 f., Lubaczów, S. 13, Sambor, S. 17, Przemyśl, S. 31 ff., Dolina, S. 27, Kołomyja, S. 34, Kalusz, S. 20 ff. u. a.; JAN TOMASZ GROSS, Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Byelorussia, Princeton 1988, S. 45–50; GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 41 f.

vonnöten waren. Darüber hinaus legte das Politbüro die Preise für Defizitwaren wie Salz, Streichhölzer, Erdöl und Tabak fest. Diesen Bestimmungen zufolge sollte im westlichen Weißrussland das Kilo Salz 20 Kopeken kosten (in der Westukraine 30 Kopeken), eine kleine Streichholzsachtel drei Kopeken, ein Liter Erdöl in der WSSR 66 Kopeken (in der USSR 65 Kopeken) und 50 Gramm Tabak 50 Kopeken.<sup>15</sup> Diese eigentümliche „Korrektur“ des Eroberungsszenarios in den polnischen Ostgebieten wurde für die folgenden Wochen zum Wegweiser, wohin die ökonomischen Veränderungen in den besetzten Gebieten gehen sollten. Dabei beachteten die sowjetischen Machthaber nicht, dass die besetzten Gebiete Polens formal gar nicht Teil der Sowjetunion waren. Seit den ersten Oktobertagen berichtete die sowjetische Presse über laufende Lieferungen von Defizitwaren in das westliche Weißrussland und in die Westukraine.<sup>16</sup>

Eine andere Form der Übernahme unterschiedlicher materieller Güter durch den sowjetischen Staat stellten die Beschlagnahmungen dar. Konfisziert wurde das Eigentum von polnischen Bürgern, von gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und von Vereinigungen und ähnlichen Organisationen. In den ländlichen Gebieten wurden Landwirtschaftsprodukte, lebendes Inventar und Werkzeuge beschlagnahmt. In den Städten hingegen Maschinen und andere industrielle Vorrichtungen, Waren aus Fabrikklagern, Einrichtungsgegenstände aus Häusern (Möbel, Teppiche, Parkettböden, Ofenkacheln, Türen, Fenster, Heizkörper u. ä.), Kraftfahrzeuge, Zugwaggons und Lokomotiven, Militärausrüstung und -geräte und sogar Kupferbleche von den Dächern. Ein Teil der beschlagnahmten Güter wurde vor Ort vom Militär oder dem sowjetischen Verwaltungsapparat verbraucht, den größeren Teil jedoch transportierte man in den Osten. Aus praktisch jedem Kreis wurden konfisierte Materialien weggeschafft. Aus der Zuckerfabrik „Horodenka“ z. B. wurden 1500 Waggons mit Zucker weggebracht, aus Boryslav Bohrschächte und andere Anlagen, aus Włodzimierz Wolynski die gesamte Ausrüstung des städtischen Elektrizitätswerks und der Militärkasernen, einschließlich der Fußböden, der Türschlösser und der demontierten Kachelöfen. Ähnlich verfuhr man u. a. mit vielen Wirkmaschinen aus dem Białystoker Textilgebiet, der vollständigen Einrichtung der Zuckerfabriken

---

<sup>15</sup> Entschluss des Politbüro des ZK WKP(b) v 1.10.1939 r., in: GNATOWSKI, W. Radzieckich okowach, S. 204 f.

<sup>16</sup> Bericht Nr. 46 u. 54 des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten WSSR Lavrentij Canava für den Sekretär des ZK KP(b)B Panteleimon Ponomarenko v. 14. u. 29.10. 1939, abgedr. in: Zachodnia Białoruś 17 XI 1939 – 22 XI 1941, Bd. 1, S. 223 f., 332.

in Tarnopol, den Seifen- und Zuckerfabriken in Rowno wie auch mit einer großen Anzahl von Maschinen des Zementwerks in Zdolbunov.<sup>17</sup>

Im industriellen Bereich gingen die sowjetischen Machthaber langsamer und auf mehreren Ebenen vor. Zunächst gründete man in allen größeren Betrieben Fabrikkomitees (manchmal auch als Arbeiterkomitees bezeichnet), welche die Arbeit der Fabrikleitung oder der Eigentümer (insofern sie nicht ausgereist waren) kontrollieren und die Betriebe direkt leiten sollten. Die Betriebe, die von den Eigentümern verlassen worden waren, nahm der sowjetische Staat sofort in seinen Besitz. Zur wichtigsten Aufgabe der sowjetischen Machthaber im Industriebereich wurde die Inbetriebnahme inaktiver Werke. Die militärischen Aktivitäten, das Fehlen von Rohstoffen, der Mangel an erfahrenem Personal und von Möglichkeiten, Waren abzusetzen, führten zu zahlreichen Betriebsschließungen.<sup>18</sup> Politische Bedenken (das Streben nach einer Stabilisierung der Situation im eroberten Gebiet und die Durchführung so genannter Wahlen am 22. Oktober 1939) sowie propagandistische (der Beweis gegenüber der örtlichen Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit, dass die „Arbeiter- und Bauernmacht“ der „bourgeoisen polnischen Großgrundbesitzerregierung“ überlegen sei) und wirtschaftliche (schnelle Einverleibung des Industriepotentials der besetzten Gebiete in den ökonomischen Organismus der UdSSR) Überlegungen bewegten die Sowjetmacht dazu, die Inbetriebnahme der Industrieproduktion vorrangig zu behandeln. Die ersten Wochen brachten keine großen Erfolge. Ein Teil der Betriebe nahm zwar die Produktion wieder auf, aber ein bedeutenderer Teil – auch wenn die Zahl schwierig zu bestimmen ist – war weiterhin stillgelegt.<sup>19</sup>

Parallel zu dieser Aktion fanden Vorbereitungen zur Verstaatlichung von Industriebetrieben statt. Übereinstimmend mit der Logik des sowjetischen Systems ging der Impuls in dieser Angelegenheit vom ZK der VKP(b) aus. In dem bereits erwähnten Beschluss vom 1. Oktober 1939

<sup>17</sup> Mazur, *Z dziejów sowietyzacji*, S. 79; AW-HI, Drohobycz, S. 18; Włodzimierz Wołyński, S. 14; Kostopol, S. 37 f.; Horochów, S. 12, Luck, S. 36-39; Nadwórna, S. 26; Kalusz, S. 22; Soviet Economic Policy in the Occupied Part of Poland 1939–1941, London 1943, IPMS, A. 9. II 2c/49, S. 49; GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 38, 42.

<sup>18</sup> Mit Beginn der sowjetischen Besatzung wurden die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik in der sowjetischen Terminologie als „Westliches Weißrussland“ und „Westukraine“ bezeichnet.

<sup>19</sup> Bericht Nr. 45 (des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten WSSR Lavrentij Canava für den Sekretär des ZK KP(b) Panteleimon Ponomarenko v. 13.10.1939, abgedr. in: Zachodnia Białoruś 17 XI 1939 – 22 XI 1941, S. 208; dto. Nr. 54 v. 23.10.1939, in: ebd., S. 332; AW-HI, Białystok, S. 72 f.; Gleiche Probleme tauchten in der Westukraine auf. Vgl. SUDOL, Początki sowietyzacji Kresów wschodnich, S. 63, 67; GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 137.

hatte das Politbüro die unverzügliche Vorbereitung (innerhalb von zehn Tagen) der Betriebsnationalisierungen und deren Auflistung befohlen. Die Regierungen der sowjetischen Republiken Weißrussland und Ukraine führten die Anweisungen der Zentralgewalt zum vorgeschriebenen Termin durch. Interessanterweise geschah dies noch vor den Wahlen zu den Volksversammlungen im westlichen Weißrussland und in der Westukraine, also vor der „Willensäußerung“ der Bewohner über ihre politischen Repräsentationen und damit u. a. über eventuelle Verstaatlichungen der Industriebetriebe, des Transportwesens, der Banken und des Bodens.<sup>20</sup>

Die Übernahme der Kontrolle über Industrie und Handel war für die neuen Machthaber kein großes Problem, vor allem da entwickelte Industriezweige fehlten und auch wegen der schwachen Urbanisierung Ostpolens. Ein wesentlich ernsteres Problem stellte die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und der Politik in den weiten ländlichen Gebieten dar, wo die überwältigende Mehrheit der Bewohner lebte und Arbeit fand. In den in die Weißeutsche Sozialistische Sowjetrepublik einverleibten Gebieten wurden nach Angaben der Abteilung für Landwirtschaft des ZK der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) Weißrusslands (*Kommunisticheskaja Partija (bol'shevikov) Belarusi*, KP(b)B) 3.170 Landgüter<sup>21</sup> mit einer Fläche von 1.650.000 Hektar konfisziert. Davon verteilte man unter den Bauern und Stallknechten 430.982 Hektar Land, 14.086 Pferde, 33.400 Rinder und anderes Vieh.<sup>22</sup> In den südöstlichen Gebieten, die in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert wurden, beschlagnahmte man nach sowjetischen Angaben 2.518.000 Hektar Boden, der Landbesitzern, der Kirche und höheren Beamten gehört hatte. Bis Mitte Dezember 1939 bekamen die 474.000 ärmsten Bauernhaushalte vom sowjetischen Staat über eine Million Hektar bebaubaren Bodens, 14.707 Hektar Wiesen- und Weideland, 296 Fischteiche, über 45.000 Pferde, beinahe 2.000 Ochsen, 75.000 Rinder und über 20.000 Schweine zugeteilt. Ein Teil der Landgüter wurde für die Bedürfnisse der Roten Armee in Besitz genommen.

<sup>20</sup> Dienstvermerk vom Sekretär des ZK der KP(b)B Panteleimon Ponomarenko für den Sekretär des ZK der VKP(b) Andrej Zhdanov v. 15.10.1939, abgedr. in: Zachodnia Białoruś 17 IX 1939 – 22 VI 1941, Bd. 1, S. 228 f.

<sup>21</sup> Nach polnischen Vorkriegsberichten existierten hier 4695 solche Besitztümer, vgl. JASIEWICZ, Zagłada polskich Kresów, S. 95.

<sup>22</sup> Bericht der Wirtschaftsabteilung beim ZK der KP(b)B, September 1940, NARB, fond 4, opis 28, delo 530, Bl. 90-93; In der sowjetischen Historiographie kursiert die Information über die Übergabe von einer Million Hektar Land an Bauern, Stall- und andere Knechte des Westlichen Weißrusslands, vgl. beispielsweise: Istoria gosudarstva i prava Belorusskoj SSR, Bd. 2 (1917–1975), S. 63; MAREK WIERZBICKI, Polacy i Białorusini w zaborze sowieckim, Warszawa 2000, S. 292 ff.

men.<sup>23</sup> Ungeklärt bleibt die Frage, wie viele Hektar Boden im Rahmen dieser Reform verteilt wurden. Hierbei sind sich nicht einmal die sowjetischen Quellen einig. Eine Quelle gibt z. B. an, dass im Gebiet Tarnopol 336.000 Hektar Land an die Bevölkerung übergeben worden seien, in einer anderen Quelle hingegen ist eine Zahl von 200.000 Hektar erwähnt. Im Gebiet Stanislau verteilte man einer Quelle zufolge 178.600 Hektar, in einer anderen Quelle ist von 111.000 Hektar Boden die Rede.<sup>24</sup> Den Höhepunkt der Veränderungen im Eigentumsrecht in den sowjetisch besetzten polnischen Gebieten stellten die Entscheidungen dar, die während der Tagungen der Volksversammlungen des westlichen Weißrusslands (28.–30. Oktober in Bialystok) und der Westukraine (26.–28. Oktober in Lemberg) getroffen wurden. Diese zwei Quasi-Parlamente waren aus den „Wahlen“ am 22. Oktober 1939 hervorgegangen, die wenig mit einer demokratischen Prozedur gemein hatten, da sie unter massivem Druck des sowjetischen Sicherheitsapparates stattgefunden hatten. Die Volksversammlungen sanktionierten mit ihren Beschlüssen die Veränderungen, die bereits seit dem ersten Tag des sowjetischen Überfalls umgesetzt wurden. Gleich am Anfang wurden dort zwei Deklarationen verabschiedet, die erste über die Einführung des kommunistischen Systems und die zweite über die Eingliederung der besetzten Gebiete in die UdSSR und entsprechend in die Sowjetrepubliken Weißrussland und Ukraine. Weiterhin beschlossen die Volksversammlungen die Beschlagnahmung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung des Bodens und dessen Übergabe an die Bauern.

Die vierte Deklaration betraf die Verstaatlichung der Großindustrie, des Eisenbahnwesens und der Banken, was das „Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“<sup>25</sup> zu Folge haben sollte. Die Annahme dieser Deklarationen leitete formal den Prozess der Einverleibung der besetzten Gebiete ein. Am 1. November wurden die südöstlichen Gebiete Vorkriegspolens (Westukraine) und am 2. November die nordöstlichen Gebiete (westliches Weißrussland) in die UdSSR eingegliedert.

---

<sup>23</sup> GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 130. Nach anderen Angaben verteilte der sowjetische Staat etwa zwei Millionen ha Land, ca. 90.000 Pferde, 2.000 Ochsen, 86.000 Rinder, 14.000 Schweine, 32.000 Schafe und landwirtschaftliches Werkzeug. Die Zahl zwei Millionen erscheint wenig wahrscheinlich, da sie beinahe doppelt so hoch ist wie die Summe aller Angaben aus unterschiedlichen Kreisen der Westukraine.

<sup>24</sup> Vgl. „Soviet economic policy“, IPMS, A. 9 III 2c/49, S. 9.

<sup>25</sup> GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 67 ff.

## Die Sowjetisierung der Wirtschaft

Die Eingliederung der besetzten Gebiete in die UdSSR bedeutete das Ende der Übergangsphase und den Beginn des Prozesses der Sowjetisierung des wirtschaftlichen Lebens. Zur ersten Etappe der Sowjetisierung der Wirtschaft gehörte die Nationalisierung, d. h. die Übernahme der meisten Bereiche durch den Staat. Eine faktische Verstaatlichung fand auch dann statt, wenn Privatbetriebe in Institutionen mit Genossenschaftscharakter umgeformt wurden, wie z. B. im Handwerk, in der Kleinindustrie, im Handel und in der Landwirtschaft. Die Verstaatlichung der Wirtschaft war kein einmaliger Akt, sondern ein Prozess, der in einigen Bereichen (Industrie, Handel) mindestens einige Monate und manchmal – wie in der Landwirtschaft – noch länger dauerte. Noch vor den „Wahlen“ am 22. Oktober nationalisierten – Umsetzung der Entscheidung vom 1. Oktober – die sowjetischen Machthaber alle Betriebe, die bis dahin von ihren Besitzern verlassen worden waren. Die Annahme der Deklaration über die Verstaatlichung der Industrie, der Banken, der Eisenbahnen und des Bodens durch die Volksversammlungen des westlichen Weißrusslands und der Westukraine beschleunigte diesen Prozess. Deshalb fällte man bereits im November 1939 erste Entscheidungen über die Nationalisierung einzelner Industriezweige. Insgesamt wurden 1.700 Betriebe und Institutionen im westlichen Weißrussland und 2.219 in der Westukraine verstaatlicht.<sup>26</sup>

In der gleichen Zeit wurden private Handwerksbetriebe abgeschafft. Das ZK der KP(b)B entschied zum Beispiel am 11. Dezember, in den Gebieten des westlichen Weißrusslands ein industrielles Genossenschaftswesen zu organisieren, das Handwerker und Kleinproduzenten, Besitzer von kleinen Industriebetrieben genauso wie Heimarbeiter vereinigen sollte. Ähnlich entschieden die Parteiführungen in den Gebieten der Westukraine. Die Handwerker und Kleinproduzenten sollten sich von nun an in Genossenschaften, so genannten Artele, vereinigen und einen Beitrag in Form von Werkzeugen und Rohstoffen leisten. Nach sowjetischen Angaben existierten am 1. April 1940 im westlichen Weißrussland bereits 301 Artele, denen 9.285 Handwerker angehörten.<sup>27</sup> Genauere Angaben zu diesem Thema stammen aus der Westukraine. So existierten dort im April 1940 475 Artele mit 19.700 Arbeitern, im August desselben Jahres hingegen waren bereits 833 Artele mit 33.500 Mitgliedern aktiv. Nach sowjetischen Angaben

---

<sup>26</sup> Ebd., S. 139.

<sup>27</sup> Sitzungsbericht des Büros des Bezirkskomitees der KP(b)B Nr. 109 p. 2 v. 11.12. 1939 u. Nr. 110 p. 4 v. 14.12.1939, NARB, fond 4, opis 38, delo 57, Bl. 142 f.; vgl. Sitzungsbericht des Büros des Bezirkskomitees der KP(b)U Nr. 5 v. 5.2.1940, RGASPI, fond 17, opis 22, delo 3113, Bl. 57; TSARUK, W bratskom soiuze, S. 41.

erreichte die genossenschaftliche Industrieproduktion in den westlichen Kreisen der Ukrainischen Sowjetrepublik 16 Prozent der Gesamtproduktion.<sup>28</sup> Den wenigen verbliebenen privaten Handwerksbetrieben wurde auf Grundlage des Beschlusses des Rats der Volkskommissare der UdSSR vom 19. März 1940 vorgeschrieben, sich um einen Registrierschein zu bemühen, der zum Gewerbe berechtigte. Diese Anordnung stellte für das private Handwerk und für die Kleinproduktion in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik quasi den „Nagel zum Sarg“ dar.<sup>29</sup>

Die Verstaatlichung des Handelswesens verlief zweigleisig. Einerseits begann man bereits im November damit, ein staatliches Handelsnetz nach dem Vorbild des in der UdSSR bereits existierenden zu errichten, andererseits zerstörte man systematisch den privaten Handelsverkehr. Die Methoden beim Vorgehen gegen Laden- und Großhandelsbesitzer waren denen ähnlich, die man gegenüber „aufsässigen“ Handwerkern anwandte. Die Besteuerung wurde demnach erhöht und die Versorgung mit Waren (zum Ende des Jahres 1939 waren die meisten Läden bereits leer gekauft) und der Zugang zu Bankkrediten beschränkt. Man legte die Preise amtlich fest, so dass sie bedeutend niedriger waren als die Schwarzmarktpreise, und setzte schließlich strenge Repressionen in Fällen von Spekulation, versteckten Waren, Preiserhöhungen und ähnlichen Vergehen ein. In dieser Atmosphäre sank die Zahl privater Geschäfte massiv zu Gunsten von staatlichen oder genossenschaftlichen Einrichtungen. Letztere wurden ebenfalls nach sowjetischem Vorbild „reorganisiert“. Praktisch war es eine Zwangsvereinigung der bereits existierenden polnischen („Spolem“, „Jedność“), jüdischen („Hema“) und ukrainischen („Maslosoiuz“, „Tsentsrosoiuz“) Genossenschaften. Sie wurden in die weißrussisch-sowjetischen und ukrainisch-sowjetischen Genossenschaften eingegliedert. Damit wurden sie der Kontrolle des sowjetischen Verwaltungsapparates unterstellt, verloren vollständig ihre Autonomie und wurden den staatlichen sowjetischen Handelsinstitutionen angeglichen.

Die Verstaatlichung des Handels verlief in mehreren Etappen, wovon die erste bis Frühjahr 1940 andauerte. Im Gebiet von Lemberg z. B. existierten zu diesem Zeitpunkt nur noch 1.244 private Geschäfte, während es am 1. September 1939 noch 7.340 gewesen waren. Auch später, wahrscheinlich bis Frühjahr 1941, bestanden noch einige wenige private Läden, doch waren sie so selten, dass sie in sowjetischen Statistiken übergangen wurden. Der staatliche Handel hingegen begann im November 1939 (im

---

<sup>28</sup> KOVALCHAK, Rozvytok socialistychnoi promyslovosti, S. 130.

<sup>29</sup> GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 140 f.

Gebiet von Lemberg ab dem 11. November) und entwickelte sich stufenweise bis zum Sommer 1940.<sup>30</sup>

Die sowjetischen Machthaber legten ein besonderes Gewicht auf die Übernahme der Kontrolle über Banken und andere Kreditinstitute. Sie sahen darin ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung der Privatunternehmer sowie eine bedeutende Finanzspritze für die Wirtschaft des sozialistischen Staates.<sup>31</sup> Zum wichtigsten kurzfristigen Ziel wurde, die polnische Währung zurückzuziehen, was die Finanzumwandlungen im besetzten Gebiet bedeutend erleichterte. Am 8. Dezember 1939 entschied das Politbüro des Zentralkomitees der VKP(b) und des Rats der Volkskommissare der UdSSR über diese Angelegenheit und ordnete an, die Löhne ab dem 11. Dezember nur noch in Rubel auszuzahlen und ab dem 21. Dezember die Zahlungen in Geschäften in Rubel zu tätigen. Ab diesem Tag konnten Besitzer von Spar- und Girokonten nur noch das Äquivalent von 300 Zloty täglich in Rubel abheben. Auf diese Weise übernahm der sowjetische Staat die Ersparnisse der Wohlhabenden und der Kleinsparer und schnitt zusätzlich die vitalen Wurzeln des privaten Sektors ab. Dies erleichterte die Beseitigung des privaten Eigentums in der Wirtschaft bedeutend und verringerte das Barvermögen der gesamten Gesellschaft. Der so durchgeführte Währungsaustausch ruinierte Tausende Menschen, die ihr ganzes Leben ihre Ersparnisse bei polnischen Banken angelegt hatten. Im nächsten Schritt übernahm der sowjetische Staat in der Westukraine 414 Banken und 1.500 andere Kreditinstitute.<sup>32</sup> Die vollständigen Angaben über diesen Prozess im westlichen Weißrussland fehlen. Bekannt ist lediglich, dass im Bialystok-Kreis 95 Banken nationalisiert wurden, an deren Stelle man ein Netz staatlicher sowjetischer Banken errichtete.<sup>33</sup>

### Die Industrie in den besetzten Gebieten unter sowjetischer Herrschaft

Um das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete nach sowjetischem Vorbild zu prägen, verfügte man für die Industrie nach der Verstaatlichung Organisationsformen, die zur damaligen Zeit in der Sowjetunion verbindlich waren. Die existierenden Industriebetriebe wurden auf Grund ihrer Bedeutung für den sowjetischen Staat in drei Gruppen unterteilt. Die wichtigs-

---

<sup>30</sup> Bericht über das Handelswesen in der Lemberg-Region ab dem Einmarsch der Roten Armee, DALO, fond 3, opis 1, delo 13, Bl. 65–68.

<sup>31</sup> Projekt einer Verordnung des Büros vom ZK der KP(b)B, Oktober 1939, NARB, fond 4, opis 38, delo 59, Bl. 49 ff.

<sup>32</sup> GLOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 142 f.

<sup>33</sup> TSARUK, W bratskom soiuzie, S. 39

ten und bedeutendsten Werke unterlagen der Kontrolle der allrussischen Kommissariate (Ministerien), die zweite Gruppe kontrollierten die Regierungen der weißrussischen und ukrainischen Republik und in der dritten Gruppe wurden Betriebe mit geringer wirtschaftlicher Bedeutung bzw. solche, die ausschließlich für den lokalen Markt produzierten, zusammengefasst. Fabriken einer Branche organisierte man zusammen mit den kooperierenden Betrieben in so genannten Trusts (Vereinigungen). Innerhalb dieser bildete man Kombinate, in welche Unternehmen eingegliedert wurden, die insgesamt oder teilweise in den Produktionsprozess des herstellenden Produktes involviert waren wie z. B. das pharmazeutische Kombinat. So unterstellte man, diesem Grundsatz folgend, die Zellulosefabrik in Grodno dem Volkskommissariat für Forstwirtschaft der UdSSR und die Spirituswerke in Wołkowysk dem Volkskommissariat für Ernährung der UdSSR. Im Fall der Unternehmen, die der Leitung der Kommissariate auf der Ebene der Republiken unterlagen, vereinigte man die Gerberindustrie in Grodno, die Holzindustrie in Białystok, Pinsk, Lida und Volkovysk, die Sperrholz- und Lebensmittelindustrie in Grodno und die Textilindustrie in Białystok.<sup>34</sup> Unternehmen, die lokale Ressourcen nutzten (sog. Ortsindustrie), wie z. B. kleinere Sägewerke, Kachelfabriken, Obstveredelungsbetriebe, wurden von den wirtschaftlichen Abteilungen der ausführenden Kreis- und Regionalkomitees geleitet. In der Westukraine zählten zur ersten Gruppe unter anderem Betriebe der Förderindustrie, also Erdöl- und Erdgasförderungswerke, Bergwerke, die Steinkohle und Kaliumsalz förderten, aber auch die Rohstoff verarbeitende Industrie (z. B. Raffinerien, Kaliumsalzfabriken). Deren Arbeit leiteten die Vereinigungen: „Ukrneftdobycha“ mit Sitz in Boryslav, „Ukraeftpererabotka“ und „Ukrgaz“.<sup>35</sup>

Die sowjetischen Machthaber leiteten die Industrieentwicklung mittels einer zentralistischen Planung und einer peniblen Überwachung der Umsetzung der Produktionspläne. Dieses Vorgehen hatte zweifelsfrei Vorzüge wie beispielsweise die Möglichkeit der rationalen Planung der Entwicklung bestimmter Industriezweige, die Ausnutzung der lokalen Ressourcenbasis, vor allem des Treibstoffs, und der vernünftigen Auslastung der Eisenbahnwege und des Straßenverkehrs. Die sowjetische Führung legte großen Wert auf die Entwicklung der Förder- und Verarbeitungsindustrie und ließ viele neue Fabriken und Förderwerke bauen. Einige entstanden aus dem Nichts und andere, die in der Zwischenkriegszeit inaktiv gewesen waren, wurden wieder in Betrieb genommen und ausgebaut. In der ersten Hälfte des Jahres

<sup>34</sup> Beschluss des Präsidiums des Obersten Rates der WSSR „Über Nationalisierung der Industriebetriebe und Institutionen auf dem Westgebiet der WSSR“, Minsk, den 22.12. 1939, in: Okupacja sowiecka, S. 60 f.

<sup>35</sup> BONUSIAK, Przemiany ekonomiczne w Małopolsce Wschodniej, S. 11.

1940 arbeiteten im Kreis Lemberg z. B. elf Fabriken der Leichtindustrie, darunter vier, die nach dem 17. September 1939 gegründet worden waren.<sup>36</sup> Einer der Wege zur Neugründung von Großbetrieben war die Beseitigung kleiner Werkstätten und Fabriken und ihre Zusammenlegung zu größeren Produktionsstätten, was unter Einsatz von geringen Investitionen geschah. Eine so erfolgte Konzentration der Produktion erlaubte einen schnellen Ausbau der Industrie, die Rationalisierung der Produktionskosten und bessere Investitionsmöglichkeiten. Als Beispiel für diese Politik kann die Reorganisation des Bialystoker Textilgebiets dienen, wo vor Kriegsausbruch in 51 Unternehmen 4.935 Arbeiter beschäftigt waren. Nur in 13 dieser Werke arbeiteten zwischen 100 bis 500 Menschen, in den restlichen arbeiteten dagegen zwischen 20 und 100 Personen. Infolge der Reorganisierung und Zusammenlegung von Unternehmen und kleinen Textilwerkstätten (insgesamt gab es 177) fiel die Zahl der Kleinbetriebe auf zehn mit vollem und 22 mit nicht vollem Verarbeitungszyklus. Die direkte Kontrolle über ihre Arbeit erhielt die Vereinigung der Textilindustrie mit Sitz in Bialystok.<sup>37</sup>

Die Industrie in den besetzten Territorien fand neue Absatzmärkte in den weitläufigen Gebieten der UdSSR (z. B. die Leichtindustrie) oder im befreundeten Dritten Reich (z. B. die Erdölförderungsindustrie), wohin der größte Teil des Erdöls und die verarbeiteten Produkte aus dem Boryslav-Drohobitsch-Becken verkauft wurden. Ein interessantes Vorhaben stellte der Versuch dar, die Basis der Treibstoffwirtschaft durch Ausnutzung der lokalen Braunkohle-, Torf- und Erdgasvorkommen zu verbreitern. Die Torfförderung wurde in den Kreisen Bialystok und Lemberg in Betrieb genommen. Beinahe von Null aus errichtete man Braunkohlebergwerke in der Nähe von Zloczow (Kreis Lemberg). Das Bauen einer zweiten Gas-pipeline von Daszawa nach Drohobitsch und von Daszawa nach Lemberg entwickelte sich zu einer lohnenswerten Investition und ermöglichte die Verwendung von Gas als Treibstoff für Heizungen und die Produktion.<sup>38</sup> Zu den schwerwiegenden Nachteilen der sowjetischen Wirtschaftsweise gehörten hingegen die geringe Arbeitsproduktivität und die Materialverschwendungen bei der Produktion und damit zusammenhängend übermäßig

---

<sup>36</sup> Leichtindustrie im Lemberger Bezirk. DALO, fond 3, opis 1, delo 2, S. 91 f.; Ergänzung der Zusammenstellung Nr. 9 über die Lage in Polen unter sowjetischer Besatzung (Generalstab der Polnischen Streitkräfte im Westen für den Oberbefehlshaber) v. 2.3.1940, AW-HI, VI-MID-10, S.17-20.

<sup>37</sup> Bericht über Probleme der Nationalisierung der Textilindustrie im Westlichen Weißrussland, o. Datum (wahrscheinlich: November 1939), NARB, fond 4, opis 38, delo 57, Bl. 120-124; TSARUK, W bratskom soiuze, S. 44 f.

<sup>38</sup> „Soviet economic policy“, IPMS, A. 9 III 2c/49, S. 25; Ökonomische Daten des Lemberger Bezirks, 20.12.1939, DALO, fond 3, opis 1, delo 2, Bl. 21.

hohe Produktionskosten, welche die industrielle Herstellung unrentabel machten. Die Produktionskosten von Ziegeln und Kalk in Unternehmen der lokalen Industrie in der Oblast Baranowitsch überstiegen beispielsweise deutlich die amtlich festgelegten Preise für diese Produkte. In der Region Nowogrodek lagen die Produktionskosten für 1.000 Ziegel bei 240 Rubel, während der amtliche Preis 175 Rubel betrug. Die Produktion von einer Tonne Kalk kostete 375 Rubel, der amtliche Preis lag bei 70 Rubel.<sup>39</sup> Es scheint ein weit verbreitetes Phänomen gewesen zu sein, dass staatliche Zuwendungen für die industrielle Produktion als normal betrachtet wurden. Im Frühjahr 1940 z. B. forderte die Verwaltung in der Oblast Baranowitsch Zuschüsse für die Ziegelproduktion in allen Ziegelwerken in diesem Gebiet. Sie begründete ihre Bitte mit zu hohen Produktionskosten und zu niedrigen amtlichen Preisen für Ziegel.<sup>40</sup> Die niedrige Arbeitsproduktivität und der hohe Materialverbrauch während des Produktionsprozesses waren eine Folge der schlechten Organisation und der ungenügenden Arbeitsdisziplin. Zu einer echten Plage wurden Produktionsstillstände, die durch Rohstoff-, Treibstoff- und Materialmangel oder Maschinenstörungen entstanden. Die Arbeiter waren nicht an den ökonomischen Ergebnissen des Betriebes interessiert, weil ihre Löhne nicht von der Produktivität des Unternehmens abhängig waren. Die Machthaber bezahlten die Leistungen der Arbeiter in der Regel niedrig und hinderten sie an eigenständigem Handeln (z. B. durch die Auflösung unabhängiger Gewerkschaften). Diese „revanchierten“ sich mit fehlender Initiative und Verantwortung für das Schicksal des Betriebs, mit Diebstählen und mit der Erledigung privater Angelegenheiten während der Arbeitszeit. Strenge Strafen für Diebstahl und eigenmächtiges Verlassen des Arbeitsplatzes oder Verspätungen bewirkten nichts.

Aufgrund des organisatorischen Chaos verlief die Entwicklung der Industrie bedeutend langsamer als in den Wirtschaftsplänen angenommen. Zahlreiche Investitionen und uneffektive Wirtschaftsmethoden zwangen die sowjetische Parteiführung zum Einsatz radikaler Maßnahmen, um den Arbeitskräftemangel abzumildern. Am 19. Januar 1941 entschieden die Machthaber der Weißrussischen Sowjetrepublik beispielsweise, in allen Abholzungsbetrieben bezahlte Zwangsarbeit beim Fällen und der Abfuhr von Holz einzuführen. In diesem Zusammenhang wurden die Kreis- und

<sup>39</sup> Bericht über den Zustand der Industrie im Nowogrodeker Bezirk, NARB, fond 4, opis 38, delo 230, Bl. 55; vgl. auch, Plan narodowo-gospodarczy obwodu białostockiego na rok 1941, in: „Sztandar Wolności“, Nr. 106, 8. Mai 1941, S. 2.

<sup>40</sup> Bericht für den Sekretär des ZK der KP(b)B Ponomarenko über den Zustand der Bauindustrie in der Oblast Baranowitsch v. 15.2.1941, NARB, fond 4, opis 38, delo 230, Bl. 21.

Regionalverwaltungen verpflichtet, die Abholzung von 64.000 Kubikmetern und den Abtransport von 72.000 Kubikmetern Holz zu organisieren. Die Arbeitspflicht umfasste Kolchosebauern und Bauern, die alleine auf eigene Rechnung tätig waren, befreit waren lediglich Arbeiter anderer staatlicher Betriebe und Institutionen. Diejenigen, die versuchten, sich der Zwangsarbeit zu entziehen, sollten vor Gericht gestellt werden.<sup>41</sup> Zwangsarbeit wurde auch in anderen Wirtschaftszweigen eingeführt, etwa beim Bau von Festungsanlagen und Flughäfen in allen Kreisen der besetzten polnischen Ostgebiete. Sie stellte also eine gängige Praxis dar und war kein außergewöhnliches Mittel. Die Effektivität der Zwangsarbeit war jedoch gering, sie galt dennoch als Allheilmittel gegen die Krankheiten der sowjetischen Wirtschaft.

Die sowjetischen Machthaber versuchten ebenfalls, die Kompetenzen des Führungspersonals in den Industriebetrieben zu verbessern. Nach der Besetzung polnischer Gebiete wurden viele Arbeiter in Führungspositionen befördert, ohne dabei darauf zu achten, ob diese Menschen die nötigen Qualifikationen dafür besaßen. Oft war das neue Führungspersonal deshalb nicht in der Lage, die anvertrauten Betriebe zu leiten. Die kommunistischen Machthaber versuchten daraufhin, Abhilfe zu schaffen. Im Frühjahr 1941 organisierten die lokalen Parteistrukturen eine Reihe ökonomischer Schulungen, die den neu eingesetzten Fabrikleitern betriebswirtschaftliche Fragen näher bringen sollten. Mit der Absicht, genügend qualifizierte Kader für die westlichen Kreise der Weißrussischen und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik gewährleisten zu können, wurden Berufs- und Handwerksschulen eingerichtet. Am 17. Mai 1941 z. B. beschlossen der Rat der Volkskommissare der Weißrussischen SSR und das Zentralkomitee der KP(b)B in der Zeit zwischen Juni und August 1941 2.530 Berufsschüler aus den östlichen Kreisen der WSSR für den Einsatz im Kreis Baranowitsch zu mobilisieren. Die Durchführung dieses Vorhabens wurde allerdings am 22. Juni 1941 durch den Ausbruch des deutsch-sowjetischen Kriegs unterbrochen.

---

<sup>41</sup> Fernschreiben, Reihe „6“ Nr. 608 v. 19.1.1941 über die Zwangsarbeit bei der Waldrodung, FGAGO, fond 6195, opis 1, delo 194, f. 2-3; Antwort auf das Fernschreiben, ebd., Bl. 8; zum Thema Zwangsarbeit bei der Waldbabholzung, für die Verteidigungsindustrie und für andere Bereiche der Wirtschaft vgl. auch die Informationen aus polnischen Quellen, z.B.: AW-HI, Lubaczów, S. 40; Przemyśl, S. 74; Sanok, S. 25 f.; Luboml, S. 13; Sarny, S. 2; Kostopol, S. 94 f.; Luck, S. 39; Bóbrka, S. 28; Jarosław, S. 38; Sambor, S. 41 f.; Lomża, S. 91; Brasław, S. 26; Nieśwież, S. 60; Prużana, S. 36; Kosów Poleski, S. 37; Kobryń, S. 45 ff.; Józef Ablażej, Wspomnienia wojenne „Małoletniaka“ – żołnierza AK Batalionu Nowogródzkiego „Bogdanka“ marzec 1939 – wrzesień 1944, AW, Sign. II/1193, Bl. 28 f.; Edward Bernolak, Pamiętnik, AW, Sign. II/1237/2k, mps, S. 12-16.

Ein anderes Mittel, um die wirtschaftliche Effizienz zu steigern, war die Anregung zu Konkurrenz und Wettbewerb (die sog. Stachanov-Bewegung). Obwohl die kommunistischen Machthaber versuchten, diesen Plan in den meisten Betrieben umzusetzen, bestanden Wettbewerb und Konkurrenz oft nur auf dem Papier und hatten damit keinen großen Einfluss auf die Produktionserfolge der Betriebe.

### Die Landwirtschaftsproduktion in den Jahren 1940–1941

Eine radikale Veränderung der sowjetischen Politik gegenüber den ländlichen Gegenden der Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik fand Anfang des Jahres 1940 statt. Bereits im Dezember 1939 hörte man in der sowjetischen Propaganda damit auf, die individuelle Bewirtschaftung auf dem Land sowie die Vorteile der Landreform anzupreisen. Seit Januar 1940 waren die Akzente verschoben: Auf einmal wurden die kollektiven den individuellen Formen der Landwirtschaft vorgezogen. Gleichzeitig begann die Kollektivierung der Landwirtschaft. Sie bestand in einer stufenweise durchgeführten Beseitigung von Privatbetrieben und der Gründung von Höfen, die entweder dem Staat (sog. Sowchose, *sovetskoe khoziaistvo*) oder bestimmten Gruppen von Dorfbewohnern (z. B. Bauern, Stall- und Bauernknechten) gehörten. Letztere erhielten den Namen „Kolchose“ (*kollektivnoe khoziaistvo*) und waren eine Art landwirtschaftliche Genossenschaft. Charakteristisch für sie war ihre vollständige Unterordnung unter den Staat, was im Übrigen in allen genossenschaftlichen Institutionen im sowjetischen Staat der Fall war.

Die Kollektivierung verlief als Prozess auf verschiedenen Ebenen und in mehreren Etappen. Als Erstes wurden Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) organisiert, welche die technische Versorgung der Kolchose und – was ebenfalls wichtig war – die politische Kontrolle über die ländlichen Gebiete gewährleisten sollten. In den in das sowjetische Weißrussland eingegliederten Gebieten plante man die Schaffung von 101 MTS-Stellen, in den in die sowjetische Ukraine eingegliederten Gebieten sollten es 174 sein. Die Basis dieser Sammelstellen sollten verstaatliche, meist ehemalige polnische Land- und Siedlungsgüter bilden, von denen man Wohnhäuser und wirtschaftliche Gebäude, landwirtschaftliche Maschinen wie auch anderes Inventar übernommen hatte<sup>42</sup>. Die sowjetische Führung übergab den MTS-Stellen eine bedeutende Anzahl an landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeugen. Im zweiten und dritten Quartal des Jahres 1940 wurden unter anderem von der UdSSR an das westliche Weißrussland

---

<sup>42</sup> JASIEWICZ, Zagłada polskich Kresów, S. 248.

1.000 Schlepper, 600 Pflugmaschinen, 400 Grubber, 400 Sämaschinen, 100 Dreschmaschinen wie auch Erdöl und Ersatzteile geliefert. Es wurde auch qualifiziertes Personal für die Maschinenbedienung und Betriebsführung abgestellt.<sup>43</sup>

Im nächsten Schritt bildete man staatliche Landwirtschaftsbetriebe, die so genannten Sowchose. Bereits am 28. Januar 1940 fällte der Rat der Volkskommissare der WSSR die Entscheidung Nr. 90 „Über die Organisierung der Sowchose in den westlichen Kreisen der WSSR“, welche die Gründung von 24 staatlichen Landwirtschaftsbetrieben anordnete. Erst nach diesem Beschluss entschieden in dieser Angelegenheit am 19. Februar 1940 der Rat der Volkskommissare der UdSSR und das Politbüro des ZK der VKP(b). Sie ordneten an, in den westlichen Kreisen der Ukrainischen SSR 31 und sogar 28 Sowchose in den Gebieten des westlichen Weißrusslands zu errichten. Die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe sollten auf dem Boden großer Landwirtschaftsgüter geschaffen werden, da sie bessere ökonomische Konditionen besaßen. Nach einigen Monaten, am 17. Juni 1940, beschlossen das Politbüro des ZK der VKP(b) und der Rat der Volkskommissare der UdSSR sieben weitere Sowchose in den westlichen Kreisen der Ukrainischen SSR zu gründen. Man kann somit annehmen, dass in der Westukraine bis zum 22. Juni 1941 mindestens 38 staatliche Landwirtschaftsbetriebe entstanden sind.<sup>44</sup> Gleichzeitig lief die Schaffung der landwirtschaftlichen Genossenschaften an, deren Eigentümer Bauerngruppen (Kollektive) sein sollten. Die kollektivistische Bewirtschaftung sollte nach den Vorstellungen der sowjetischen Machthaber – ähnlich wie in der UdSSR in den dreißiger Jahren – mit der Zeit zum Absterben der individuellen Bewirtschaftung in den besetzten ostpolnischen Gebieten führen. Ab April 1940 waren landwirtschaftliche Betriebe verpflichtet, ihre Landwirtschaftserzeugnisse an den Staat zu liefern. Die Zwangslieferungen umfassten u. a. Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Milch. Der Grad der Belastung mit Zwangsabgaben hing von der Nutzfläche ab. Mit den verhältnismäßig höchsten Abgaben wurden also die größten Betriebe belastet, die von „Kulaken“ (kommunistische Bezeichnung für reichere Bauern, die sich mit ihrem Besitz vom Rest der jeweiligen Gemeinde abhoben) betrieben wurden. Die ärmsten Betriebe hingegen mussten am wenigsten abgeben. Zu

---

<sup>43</sup> TSARUK, W bratskom soiuzie, S. 79 f.; K. I. DOMORAD, Bor'ba kommunisticheskoi partii za kollektivizaciju selskogo khoziaistva zapadnykh oblastei Belorussii nakanune Vielikoi Otechestvennoi Voiny (sentiabr' 1939 – iiun' 1941) (unveröffentl. Diss. phil. Minsk 1955), S. 186 f.

<sup>44</sup> GLOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 134 ff.; Nach anderen Quellen entstanden in den Jahren 1940–41 in der Westukraine 180 Sowchose und landwirtschaftliche Betriebe, vgl. IVASIUTA, Narysy istorii, S. 46.

Gunsten der armen Bauern legte die sowjetische Regierung in den westlichen Kreisen der Weißrussischen (18. April 1941) und Ukrainischen (24. März 1941) SSR zudem eine Norm für die Landnutzung fest. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse legte man die maximale Größe eines Betriebes je nach Standort auf fünf bis 15 Hektar fest. Desgleichen entschied man, den Betrieben, die mehr Nutzfläche besaßen, ihren Überschuss wegzunehmen. Infolge der Kampagne entzog man reichen Bauern allein in den Gebieten des westlichen Weißrusslands etwa 540.000 Hektar Land und teilte es den Kolchosen und den ärmsten Teilen der Bevölkerung zu. Die Aktion wurde von zahlreichen Missständen begleitet, wie etwa Gesetzesbrüchen und uneffektiver Bewirtschaftung von enteignetem Boden, aber auch von zahlreichen Fällen passiven Widerstands der Bauern.<sup>45</sup> Trotz bedeutender finanzieller Aufwendungen und organisatorischer Anstrengungen, die in die Errichtung und den Ausbau der Kolchosen investiert wurden, entsprachen die Ergebnisse bei weitem nicht den Erwartungen der Herrschenden. Die wirtschaftlichen Erträge in diesen Betrieben (wie auch in den Sowchose) lagen in der Regel auf einem äußerst niedrigen Niveau. Der Alltag der Kolchosen und Sowchose war allgemein geprägt von gravierender Missswirtschaft, die sich unter anderem in Verschwendungen, weit verbreitetem Diebstahl, schlechter Arbeitsorganisation wie auch offensichtlicher Unfähigkeit des Führungspersonals manifestierte. Administrativer Druck und andere Maßnahmen des sowjetischen Führungsapparats führten dazu, dass stetig neue Kolchosen gegründet wurden. Im Juni 1941 existierten in der Westukraine bereits 2.589 und im westlichen Weißrussland 1.115 Kolchosen.<sup>46</sup> Erst der deutsche Angriff auf die Sowjetunion stoppte den Prozess der Kollektivierung für einige Jahre. Die negative Einstellung der Landbevölkerung in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik gegenüber der Kollektivierung der Landwirtschaft kam erst nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges voll zum Vorschein. Fast augenblicklich nach dem Verschwinden der sowjetischen Machthaber zerfielen alle bis dahin organisierten Kolchosen von selbst, und die Bauern kehrten zu individueller Bewirtschaftung zurück.

---

<sup>45</sup> Vgl. Bericht über die Erfüllung der Verordnung v. 18.4.194 „Über die Einführung der Höchstnormen für die Bodenzuteilung für die einzelne Bauernwirtschaft in den Bezirken Baranowitsch, Bialystok, Brest, Vilejov und Pinsk in der WSSR“, NARB, fond 4, opis 28, delo 978, Bl. 36–40; Sondermeldung Nr. 22 über Arbeit der Staatsanwaltschaft der WSSR, NARB, fond 4, opis 28, delo 979, Bl. 177 f.

<sup>46</sup> Iwasiuta, Narisi istorii, S. 67; Bericht über die Herstellung der sowjetischen Ordnung in der Landwirtschaft in den Westgebieten der WSSR, NARB, fond 4, opis 46, delo 186, Bl. 44.

### Die Umgestaltung des Handelswesens

Wie bereits erwähnt, hatten die sowjetischen Machthaber um die Jahreswende 1939/1940 die meisten privaten Handelsstellen beseitigt und durch Institutionen ersetzt, die nach dem Vorbild der damals in der UdSSR existierenden Betriebe organisiert waren. Die Eigentumsumgestaltungen im Handel fanden ab November 1939 statt. Erst am 29. Januar 1940 jedoch entschied die sowjetische Parteiführung, die Projektvorlage des Rats der Volkskommissare der UdSSR „Über die Organisation des staatlichen und genossenschaftlichen Handels und über die Preise in den westlichen Kreisen der Weißrussischen und Ukrainischen SSR“ zu bestätigen. Auf Grundlage dieser Verordnung wurden in den besetzten Gebieten sowjetische Handelsinstitutionen geschaffen. Durch diese sollten die Ernten aufgekauft, die Bevölkerung mit notwendigen Lebensmitteln und Gewerbeartikeln versorgt und die kollektiven Versorgungsstellen, Großhandlungen und Kommissonsläden verwaltet werden. Neben dem staatlichen Handelsnetz war die Schaffung einer sowjetischen Lebensmittelgenossenschaft vorgesehen, die ähnliche Ziele verfolgen sollte wie der staatliche Handel. Man plante, die gesamte Umgestaltung bis 15. März 1940 zu beenden. Der Handel mit Lebensmitteln eigener Produktion war auf Märkten zu Marktpreisen zugelassen.<sup>47</sup> Unterdessen verschlechterte sich die Lebensmittelversorgung in den neu besetzten Gebieten von Monat zu Monat. Die meisten privaten Geschäfte wurden aufgelöst, in denjenigen, die noch existierten, fehlten die Waren. Der Einkaufswahn im Herbst 1939 hatte die Vorräte aufgebraucht, was einen folgenreichen Mangel an Lebensmitteln und Gewerbeartikeln verursachte. Die sowjetische Regierung versuchte, diesen mit Lieferungen der notwendigsten Waren aus der UdSSR zu beheben. Zu diesem Zweck erhielten die sowjetischen Regional-, Stadt- und Kreisverwaltungen die Anweisung, Pläne für notwendige Lieferungen zu erstellen, die dann von sowjetischen Handelsinstitutionen realisiert werden sollten. Die Lieferpläne wurden auf der Grundlage von Verbrauchsnormen pro Einwohner erstellt und mit der Einwohnerzahl des jeweiligen Kreises oder der Region multipliziert. Mit Beginn des Jahres 1940 wurden diese Pläne im Quartalsrhythmus erstellt, was eine angemessene Versorgung gewährleisten sollte. Trotzdem wich die Realisierung dieses Vorhabens bedeutend von den Vorgaben ab. Im ersten Quartal 1940 wurde die Situation bei der Lebensmittelversorgung geradezu katastrophal.<sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków, S. 144 f.

<sup>48</sup> Ergänzung der Zusammenstellung Nr. 9 über die Lage in Polen unter sowjetischer Besatzung (Generalstab der Polnischen Streitkräfte im Westen für den Oberbefehlshaber) v. 2.3.1940, AW-HI, VI-MID-10, Bl. 17–20; Zusammenstellung der Informationen Nr. 14

Sichtbarster Ausdruck der Probleme bei der Lebensmittelversorgung war die dynamische Entwicklung des Schwarzmarkts, der im Winter 1939/40 das wichtigste Element des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten darstellte, ähnlich wie in den anderen Regionen des sowjetischen Staates. Dort konnten sich die örtliche Bevölkerung wie auch die Ankommelinge aus der UdSSR mit Waren versorgen, die selten (oder nie) in staatlichen oder genossenschaftlichen Geschäften zu finden waren, wie z. B. Zucker, Butter, Mehl, Molkereiprodukte, Graupen, Speck, Kartoffeln, Salz, Tabak, Kleidung, Strickwaren, Uhren, Alkohol, Süßigkeiten, Zitrusfrüchte, Baumaterial u. ä. Trotz eines offiziellen Verbots tolerierte die sowjetische Verwaltung den Schwarzmarkt, da er die Defizite des offiziellen Markts abschwächte und darüber hinaus den Vertretern des sowjetischen Establishments den Zugang zu vielfältigen Gütern sicherte. Diese verfügten über bedeutend größere Bargeldsummen und damit auch über eine größere Kaufkraft als die übrigen Einwohner der Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Der größte Nachteil des Schwarzmarkts bestand in den überhöhten Preisen für Defizitartikel, die vielfach (manchmal sogar mehr als zehnfach) über den amtlichen Preisen lagen. Je nach dem Angebot auf dem Markt oder den finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung veränderten sich die Preise auch sehr schnell.<sup>49</sup>

Der Lebensstandard der Bevölkerung verschlechterte sich gegenüber der Vorkriegszeit sehr deutlich, und das nicht nur wegen der unzureichenden Versorgungslage. Die Löhne der Arbeiter, der Beamten und der Lehrer überschritten kaum das Vorkriegsniveau und pendelten zwischen 80 und 250 Rubel, während die Preise um ein Vielfaches gestiegen waren. Zum Kreis der Bessergestellten gehörten Personen in Führungspositionen im Verwaltungs- und Sicherheitsapparat oder in der Industrie (zwischen 600 und 1.200 Rubel Gehalt) und die Gewinner der Arbeiterwettbewerbe, die sehr viel mehr als die Tagesnorm erarbeiteten. Ihre Lebenssituation wurde zudem durch den Zugang zu einem speziellen Netz von Läden für höhere Beamte des sowjetischen Apparats verbessert, in denen die Möglichkeit bestand, sich mit nötigen Artikeln zu vergleichsweise niedrigen Preisen zu

---

über die Lage in Polen unter sowjetischer u. litauischer Besatzung, ebd., VI-MID-11, Bl. 10 f.

<sup>49</sup> PINCHUK, Shtetl Jews under Soviet Rule, S. 59-64; CZESLAW MADAJCZYK, Niemieckie dokumenty o sytuacji Polaków pod okupacją radziecką w roku 1940, in: Dzieje Najnowsze, Nr. 3, 1991, S. 60, 63, 65; Zusammenstellung Nr. 12 über die Lage in Polen unter sowjetischer Besatzung, v. 3.4.1940, AW-HI, VI-MID-12, Bl. 12; OKSANA V. PETROVSKAIA, Realii sovetskoi zhizni: Kul'tura i byt Bresta v 1939-1941 gg., in: Radziecka agresja 17 września 1939 r. i jej skutki dla mieszkańców ziem północno-wschodnich II Rzeczypospolitej. Studia i materiały, Białystok 2000, hg. v. MICHAŁ GNATOWSKI, S. 241 ff.

versorgen.<sup>50</sup> Diesem Kreis gehörte jedoch eine so kleine Gruppe Arbeiter an, dass der durchschnittliche Bewohner der Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik die sowjetische Regierungszeit in den Jahren von 1939 bis 1941 vor allem mit Massenverelendung, langen Schlangen vor den Kassen und leeren Ladenregalen in Erinnerung behielt. Einen ähnlichen Eindruck hatten die Korrespondenten der westlichen Presse, die den Verlauf der sowjetischen Besatzung in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik beobachteten.<sup>51</sup>

### Schlussfolgerungen

Die Jahre 1939 bis 1941, die im Zeichen der sowjetischen Besatzung standen, waren für die Wirtschaft in den Ostgebieten Ostpolens zweifelsfrei verhängnisvoll. Die Unterwerfung der Gebiete durch die UdSSR bedeutete nicht nur eine Besatzung im klassischen Sinn, sondern führte zu einer radikalen Veränderung des sozioökonomischen Systems nach sowjetischem Vorbild. Bis heute gibt es keine eindeutige Antwort auf die Frage, welchen Sinn die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen hatten. Es existieren einige Hypothesen, die versuchen, die Logik der sowjetischen Politik in dieser Zeit zu erklären.

---

<sup>50</sup> „Soviet economic policy“, IPMS, A. 9 III 2c/49, S. 43 f.; PETROVSKAIA, Realii sotsetskoi zhizni, S. 239-246.

<sup>51</sup> Sowjetische Besatzung, wahrscheinlich Frühjahr 1941, AZHRL, Sign. 89, Bl. 91 f.; Bericht Nr. 80 v. 7.1.1940, AAN, MID 36, Bl. 104; Bericht Nr. 91 v. 18.1.1940, ebd., Bl. 104; Bericht Nr. 91 v. 18.1.1940, ebd., MID 37, Bl. 67; Bericht Nr. 125 v. 21.1.1940, ebd., MID 39, Bl. 58; Bericht Nr. 128 v. 24.1.1940, ebd., Bl. 89; Bericht Nr. 160 v. 29.3.1940, ebd., MID 40, S. 209; Bericht Nr. 195 v. 10.5.1940, ebd., MID 42, Bl. 75; Life under Soviets. Destruction of Economic Life in Poland, in: News from Poland (a Daily Bulletin of News and Comments Issued by the Polish Press Bureau in London), no 212, March 30<sup>th</sup>, 1940, p. 2-4, ebd., Sign. 52, Bl. 94 ff.; AW-HI, Drohobycz, S. XI f.; Gródek, S. 12; Bóbrka, S. 28 f.; Dobromil, S. 33; Sambor, S. 44; Przemyśl, S. 31-34, 78; Sanok, S. 26; Kowel, S. 60; Kostopol, S. 98 f.; Luck, S. 36 f.; Białystok, S. 69 f.; Ostrów Mazowiecki, S. 28; Łomża, S. 94 f.; Wilno, S. 40; Nowogródek, S. 44 f.; Szczuczyn, S. 38 f.; Nieśwież, S. 62 f.; Pruzna, S. 36; Brześć n. Bugiem, S. 52; Stanisław Klimpel, Jak przeżyłem trzy okupacje, AW, Sign. II/1325/2k, 4-mps, S. 41 f.; Barbara Stańko-Bródka-wa, Losy Polaków z kolonii Raczyń (Ziuków) w latach 1939-1943, AW, Sign. II/1433/2kw, mps, Bl. 17; Stefan Buchner, Pamiętnik. Rok pod czerwoną gwiazdą. Brody: wrzesień 1939-wrzesień 1940, AW, Sign. II/1856/2k, mps, Bl. 9; Zdzisław Koksanowicz, Wspomnienia, AW, Sign. II/1328/2k, mps, Bl. 13 ff.; Zbigniew Małyszycki, Moje Kresy - Lubieszów. Wspomnienia z lat okupacji 1939-1944, AW, Sign. II/1368/2kw, mps, Bl. 18 f.; Zygmunt Bieniasz, Wspomnienia, AW, Sign. II/1239/2k, mps, Bl. 16 ff.; Edward Bernolak, Pamiętnik, AW, Sign. II/1237/2k, mps, Bl. 4-6.

Eine von ihnen behauptet, dass die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik als potenzielles Kriegsgebiet im erwarteten Konflikt mit Deutschland behandelt wurden. Dies würde den Raub und die Ausfuhr von Maschinen, Fabrikausstattungen, Ernten, Vieh und privatem Eigentum polnischer Bürger aus den besetzten Gebieten in das Innere des sowjetischen Staates erklären. Auch die breit angelegten Pläne zum Bau von Militärflughäfen und Befestigungsanlagen können in diesem Zusammenhang verstanden werden. Anhänger einer anderen Theorie verweisen darauf, dass der sowjetische Staat zwischen 1939 und 1941 in den Gebieten, die in die UdSSR eingegliedert wurden, bedeutende Investition tätigte, u.a. in der Landwirtschaft (Maschinen, Dünger), in der Industrie (Bau und Ausbau von Fabriken), beim Ausbau von Verkehrsnetzen (neue Eisenbahnstrecken und Straßen) und im zivilen und militärischen Bereich. Der Staat hätte dies nicht getan, wenn die politischen Entscheidungsträger militärische Handlungen in diesen Gebieten erwartet hätten, und damit die schnelle Zerstörung ihrer Investitionen.

Zur Besonderheit der sowjetischen Besatzung gehörte der Drang nach Auslöschung aller Elemente der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Zudem wollte Stalin auch während und nach dem Krieg nichts von der Rückgabe der im Herbst 1939 besetzten polnischen Gebiete wissen. Er bezeichnete sie unverändert als das „Land der Weißrussen und Ukrainer“, wobei er lediglich ein kleines Zugeständnis im Fall der Białystok-Region machte. Das Wirtschaftssystem wurde während der Jahre 1939 bis 1940 nicht vollständig umgewandelt, vor allem weil der Kriegsausbruch dazwischenkam. Doch sogar innerhalb einer so kurzen Zeit veränderte sich das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete tiefgreifend. Es wurden die Strukturen der Vorkriegswirtschaft, die auf unterschiedlichen Eigentumsformen beruhten, zerstört, so dass sie nie mehr in ihrer traditionellen Erscheinung wiederhergestellt werden konnten. Bedeutende Fortschritte machte auch die Vereinigung mit dem Wirtschaftssystem des sowjetischen Staates. Dies war dank der Einführung von kommunistischen juristisch-organisatorischen Formen möglich und dank der fehlenden Autarkie der Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik im Bereich der Produktion von Industrieholstoffen oder von Produkten des täglichen Bedarfs. Während vor dem Krieg Rohstoffe und Fertigprodukte aus den Zentral- und Westgebieten des polnischen Staates exportiert wurden – in die nordöstlichen Landesteile manchmal sogar Landwirtschaftsprodukte –, mussten diese Gebiete in den Jahren 1939 bis 1941 von der UdSSR mit fehlenden Rohstoffen, Waren und Anlagen versorgt werden.<sup>52</sup> Das Versorgungssystem aus dem Osten wies

---

<sup>52</sup> Vgl. WITOLD ORMICKI, *Życie gospodarcze Kresów Wschodnich Rzeczypospolitej Polskiej*, Kraków 1929, S. 182–186.

schwerwiegende Mängel auf, es war jedoch unabdingbar für ein relativ stabiles Funktionieren der 1939 inkorporierten Gebiete. Nicht nur aus rein politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen wurden die Gebiete der Zweiten Polnischen Republik innerhalb kurzer Zeit zu einem Teil des sowjetischen Imperiums (mit peripherem Charakter), und ihre Interessen wurden denen des sowjetischen Staates untergeordnet. Darunter litt ein großer Teil der Bevölkerung, da die Menschen unter der Sowjetregierung eine spürbare Senkung ihres Lebensstandards und Sozialstatus' erfuhrten. Der Logik des stalinistischen Systems folgend übernahm der sowjetische Staat ungeniert die materiellen Ressourcen polnischer Bürger, indem er eine Vereinheitlichung „nach unten“ einführte.

Die staatlich gesteuerte Politik der Stellenbesetzung innerhalb des wirtschaftlichen Lebens machte den Staat zum größten Arbeitgeber, der willkürlich über den Arbeitsmarkt und damit über die Existenzsicherung der Bürger verfügte. Die Lage verschlechterte sich kontinuierlich aufgrund einer starken Inflation, die durch fallende Kaufkraft und sinkende Reallöhne wie auch durch die faktische Unmöglichkeit, die eigene Grundversorgung auf legalem Weg sicherzustellen, verursacht wurde, was Einkäufe auf dem Schwarzmarkt geradezu erzwang. Auf diese Weise ordnete der sowjetische Staat auch die Interessen der Individuen den seinen unter, und er vergrößerte sein Wirtschaftspotenzial u. a. mit der Ausnutzung der materiellen Ressourcen der Bevölkerung in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik. Die Jahre 1939 bis 1941 wurden somit für die dortigen Bewohner zu einer eigentümlichen Lektion in Staatsbürgerkunde und polnischem Patriotismus. Was weitgehend den verzweifelten Widerstand breiter gesellschaftlicher Schichten in den polnischen Ostgebieten erklärt, den sie gegenüber der Sowjetmacht nach dem Zweiten Weltkrieg leisteten.